

# Das Wachstum der Verteidigungsausgaben in Deutschland (1951–2011): Welchen Einfluss haben die Parteien?

19

Björn Kauder, Niklas Potrafke und Simone Winterer\*

**Eine neue Studie von Kauder und Potrafke (2015) untersucht, ob die Ideologie von Regierungen mit dem Wachstum der deutschen Verteidigungsausgaben (1951–2011) korreliert. Unter Verwendung verschiedener Maße für die Regierungsideologie lässt sich kein Effekt feststellen. Die Ausnahme ist eine Ideologievariable, basierend auf der Links-Rechts-Skala des Manifesto-Projekts: Wird dieses Maß verwendet, zeigen die Ergebnisse, dass das Wachstum der Verteidigungsausgaben um ca. 2,4 Prozentpunkte zugenommen hat, wenn die Ideologievariable um eine Standardabweichung angestiegen ist, d.h. die Regierung rechter geworden ist. Dieser Effekt basiert jedoch auf Beobachtungen bis zu den frühen 1960er Jahren und kann nicht verallgemeinert werden. Die großen politischen Parteien sind sich hinsichtlich der Einschätzung internationaler Gefahren und Bedrohungen einig, die Regierungsideologie tritt in den Hintergrund. Wir vermuten, dass der Konsens innerhalb der großen Parteien weiter bestehen bleibt – auch wenn zunehmende internationale Gefahren und Bedrohungen zu einer Diskussion über eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben führen sollten.**

Politökonomische Theorien deuten darauf hin, dass die Ideologie einer Regierung mit den Ausgaben für Militär und Verteidigung korreliert. Die Partisan-Ansätze stellen die These auf, dass linke Regierungen eine expansivere Wirtschaftspolitik verfolgen als rechte Regierungen (vgl. Hibbs 1977; Alesina 1987). Eine expansivere Wirtschaftspolitik geht mit einem großen Umfang staatlichen Einflusses wie z.B. hoher Staatsausgaben einher. Linke Regierungen würden demnach ebenfalls hohe Verteidigungsausgaben befürworten, vor allem wenn sie zusätzliche Arbeitskräfte rekrutieren, die auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Durch die Anwerbung von nicht konkurrenzfähigen Arbeitnehmern oder die Wiedereingliederung von Nicht-Erwerbstätigen in den Arbeitsmarkt können linke Regierungen ihre Kernwählerschaft zufriedenstellen. Im Gegensatz dazu befürworten rechte Regierungen und deren Wählerschaft Aspekte wie innere und äußere Sicherheit sowie Hierarchien und Disziplin, die mit dem Militär und Streitkräften assoziiert werden. Entsprechend verfechten rechte Regierungen eine interventionistische oder gar imperialistische Außenpolitik, wohingegen linke Regierungen eine friedfertige Außenpolitik verfolgen (vgl. Whitten und Williams 2011). Inwieweit Regierungsideologie mit Verteidigungsausgaben korreliert, bleibt daher eine empirisch zu untersuchende Frage.

Empirische Studien, die den Zusammenhang zwischen Regierungsideologie und Verteidigungsausgaben untersucht haben, kommen zu keinen eindeutigen Ergebnissen. Bove, Efthyvoulou und Navas (2014) haben Daten von 22 OECD-Ländern (1988–2009) verwendet und zeigen, dass der Anstieg der Verteidigungsausgaben unter rechten Regierungen höher als unter linken Regierungen ist. Unter Verwendung von Paneldaten von 23 OECD-Ländern im Zeitraum 1970–1997 und 20 OECD-Ländern im Zeitraum 1990–2006 zeigen die Ergebnisse von Potrafke (2011) keinen Ideologieeffekt auf das Wachstum der Verteidigungsausgaben. Whitten und Williams (2011) haben die Links-Rechts-Skala zur Messung der Regierungsideologie infrage gestellt. Bei Verwendung von Paneldaten für 19 Industrieländer (inkl. Türkei) im Zeitraum 1952–1997 zeigen die Ergebnisse, dass militärisch interventionistische und sozialpolitisch orientierte Regierungen ihre Verteidigungsausgaben erhöht haben.

Zu vermuten ist, dass bisherige Paneldatenstudien keine ausgeprägten Ideologieeffekte zeigen, weil es in europäischen Ländern wenige gemeinsame Faktoren gibt, die die Verteidigungsausgaben eines einzelnen Landes bestimmen (vgl. Nikolaidou 2008). Die Regierungsideologie ist dafür ein besonders passendes Beispiel. Studien, die sich auf einzelne Länder beziehen, haben gezeigt, dass in Ländern wie Griechenland und Schweden die Verteidigungsausgaben unter linken Regierungen etwas höher waren, während im

\* Simone Winterer war von März bis Mai 2015 Praktikantin im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

Vereinigten Königreich, den Niederlanden und der Türkei die Verteidigungsausgaben unter rechten Regierungen und Gesetzgebern höher waren. Aussagen über die Vereinigten Staaten sind uneinheitlich (vgl. Kollias und Paleologou 2003; Eichenberg und Stoll 2003; Karagol und Turhan 2008; Dalen und Swank 1996; Wlezien 1996; Nincic und Cusack 1979; Correa und Kim 1992).

Wir haben untersucht, wie in Deutschland die Ideologie von Regierungen mit dem Anstieg der Verteidigungsausgaben korreliert (vgl. Kauder und Potrafke 2015). Es gibt drei verwandte Studien für Deutschland.<sup>1</sup> Eichenberg und Stoll (2003) verwenden Daten aus den späten 1960er Jahren bis 1998 und haben gezeigt, dass der Anstieg der Verteidigungsausgaben ein wenig geringer war, je höher der Anteil der Konservativen im Parlament war. Die Autoren haben die These aufgestellt, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974–1982) einer der Befürworter einer ausgeprägten Verteidigungspolitik war – oder sich zumindest zu einem Ausgleich zwischen Verteidigung und Verhandlung verpflichtet fühlte. Außerdem stellten sie fest, dass das Ende des Kalten Kriegs und der anschließende Rückgang von Verteidigungsausgaben in einigen bekannten Fällen unter Konservativen stattgefunden hat, wie z.B. unter CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl. Maneval (1994) hat Daten von 1960 bis 1990 und eine Dummy-Variablen für Regierungswechsel verwendet. Er schlussfolgert, dass diese politische Variable nicht zur Erklärung des Umfangs der Verteidigungsausgaben in Westdeutschland beiträgt. Daraus lässt sich schließen, dass während des Kalten Krieges unter den regierenden Parteien eine breite Übereinstimmung in der Verteidigungspolitik herrschte. Potrafke (2009a) hat untersucht, ob die Regierungsideologie im Zeitraum 1951–2003 mit der Zusammensetzung des öffentlichen Budgets korreliert. Die Ergebnisse zeigen keinen Zusammenhang zwischen der Regierungsideologie und dem Anstieg der Verteidigungsausgaben (gemessen in Prozent des BIP).

Wesentlich ist, ob die Korrelation zwischen dem Anstieg der Verteidigungsausgaben und der Regierungsideologie vom betrachteten Zeitraum und der empirischen Vorgehensweise abhängt. Wir haben Daten des Zeitraums 1950–2011 und verschiedene Maße für Regierungsideologie verwendet, um den Zusammenhang zwischen den Verteidigungsausgaben und Regierungsideologie zu überprüfen.

Die Beteiligung deutscher Streitkräfte in jeglichen militärischen Einsätzen ist aufgrund der deutschen Kriegsvorgeschichte ein bedeutendes Thema, welches den Fokus auf die deutschen Verteidigungsausgaben begründet. »Deutschlands Aversion gegenüber Militäreinsätzen und seine präferierte multilaterale Ausrichtung ist eine Reaktion

<sup>1</sup> Bayer und Naunheim (2014) betrachten die Zusammensetzung deutscher Verteidigungsausgaben, beziehen sich aber nicht auf Regierungsideologie.

auf die Vergangenheit des Landes. Wie einer der hervorragendsten Wissenschaftler Deutschlands auf diesem Gebiet darlegt, war die erste Lektion, die aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen wurde, ein umfassender, instinktiver Pazifismus, eine Zurückweisung jeglicher Militäraktivitäten und Machtausübung.« (Giegerich 2003, S. 4; *Übersetzung der Autoren*). Im Rahmen einer Untersuchung der NATO-Mission in Afghanistan schreiben Auerswald und Saideman (2014, S. 22; *Übersetzung der Autoren*): »Es ist unmöglich, das deutsche Auftreten beispielsweise in Afghanistan zu erörtern, ohne den enormen Einfluss der Vergangenheit auf die heutige Zeit zu berücksichtigen: Der durch die Erfahrungen des zweiten Weltkriegs entstandene Pazifismus, die Abneigung zu töten, und dass das deutsche Militär Regeln und Verfahren hat, die direkt aus diesen Erfahrungen abgeleitet sind«. Die Vergangenheit des Landes beeinflusst jede Art politischen Handelns seit 1945 (ein typisches Beispiel ist die europäische Schuldenkrise, in der das Antlitz Hitlers bei Demonstrationen in Südeuropa allgegenwärtig war). Militärische Konflikte sind besonders kontrovers. Natürlich hat die Vergangenheit des Landes nicht jegliche Militarisierung verhindert; im Gegenteil: während des Kalten Krieges haben die westlichen Alliierten wie beispielsweise die Vereinigten Staaten Deutschland bei der Aufrüstung an seiner Grenze im Osten unterstützt: » die europäischen Sicherheitsinteressen mit Betrachtung der Bedrohung aus dem Osten (es gilt die These, dass eine Verteidigung in Zentraleuropa nur mit der Unterstützung westdeutscher Truppen möglich war) haben sich durchgesetzt ...« (Maneval 1994, S. 222; *Übersetzung der Autoren*).

## Empirische Analyse

### Datenbasis und deskriptive Statistiken

Wir verwenden Daten der Verteidigungsausgaben und des BIP vom Statistischen Bundesamt über den Zeitraum 1950–1990 für Westdeutschland und über den Zeitraum 1990–2011 für das wiedervereinigte Deutschland.

Die Ideologie einzelner Regierungen wird durch verschiedene Variablen gemessen: ein Ideologieindex, der zwischen rechten, »mittleren« und linken Regierungen unterscheidet, der Index von Bjørnskov (2008a) und Ideologieindizes, basierend auf dem Comparative Manifesto Project (CMP) von Budge et al. (2001), Klingemann et al. (2006) und Volkens et al. (2014). Im folgenden Abschnitt stellen wir die Indizes von Bjørnskov (2008a) und des CMP sowie die deskriptiven Statistiken dieser Indizes vor.

Die Unterschiede zwischen linken und rechten Regierungen werden mit einer einfachen Links-Rechts-Skala unter Verwendung der Variable *Links* und alternativ durch die Verwendung von verschiedenen Dummies für die Typen der

Koalitionen getestet. Die Dummy-Variablen *Links* nimmt bei einer linken Regierung den Wert 1, bei einer Großen Koalition den Wert 0,5 und bei einer rechten Regierung den Wert 0 an. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Regierungstypen mit Hilfe dieser Variable entspricht dem Messkonzept der Regierungsideologie, wie es beispielsweise von Budge, Keman und Woldendorp (1993) und Woldendorp, Keman und Budge (1998; 2000) vorgeschlagen und von Potrafke (2009b) angewandt wird. Alternativ dazu kann die Dummy-Variablen für den Koalitionstyp den Wert 1 annehmen, wenn die entsprechende Koalition an der Macht war. Wir unterscheiden auf Bundesebene vier verschiedene Koalitionstypen: CDU/CSU/FDP (rechts), SPD/FDP (links), SPD/Grüne (links) und CDU/CSU/SPD (Mitte; Referenzkategorie).

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen die Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) und die Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben (ebenfalls in Prozent des BIP) von 1950/51 bis 2011. Die vertikal schattierten Bereiche beschreiben den Regierungstyp: hellblau stellt eine linke Regierung dar, blau eine Große Koalition und grau eine rechte Regierung. Die einzelnen Koalitionsparteien sind im oberen Bereich der Balken angegeben. Im Jahr 1950 lagen die Verteidigungsausgaben bei 4,83% des BIP. Nachdem im Jahr 1967 eine Große Koalition der Regierung von CDU/CSU und FDP nachfolgte, beliefen sich die Verteidigungsausgaben auf 4,25% des BIP. Im Herbst 1969 kam die Regierung von SPD und FDP an die Macht. Im Zeitraum 1970–1982 haben sich die Verteidigungsausgaben kaum verändert und sind leicht von 2,81 auf 2,74% des BIP gefallen. Die schwarz-gelbe Regierung im Zeitraum 1982–1998 hat die Verteidigungsausgaben auf 1,18% des BIP im Jahr 1998 gesenkt. Als im Jahr 2005 die rot-grüne Regierung durch eine weitere Gro-

Abb. 1

Verteidigungsausgaben, 1950–2011

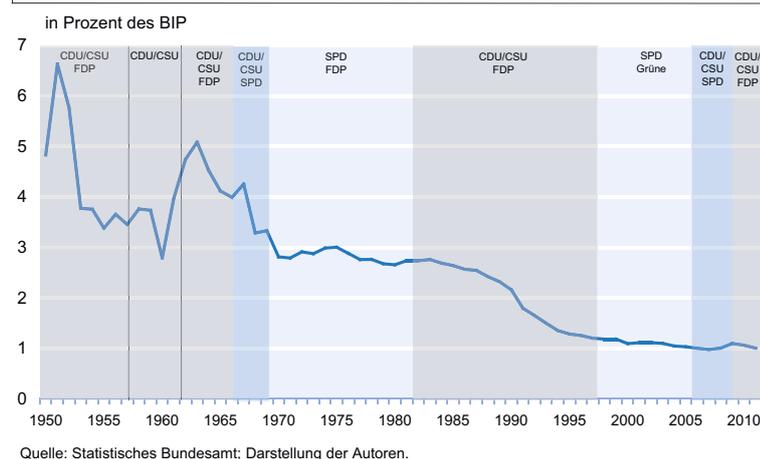
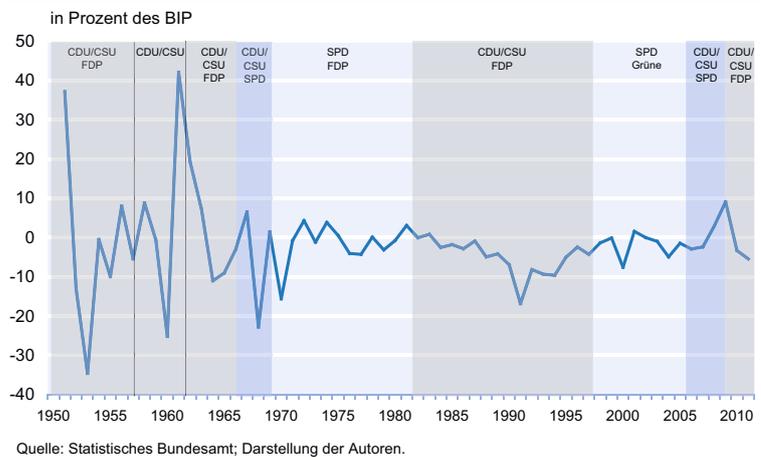


Abb. 2

Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben, 1951–2011



ße Koalition abgelöst wurde, lagen die Verteidigungsausgaben bei 1,03% des BIP.

Die Spalten (1) bis (3) in Tabelle 1 zeigen die Mittelwerte von Niveau und Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) unter linken und rechten Regierungen sowie Großen Koalitionen. Die Verteidigungsausgaben lagen unter linken Regierungen bei 2,21%, unter Großen Koalitionen bei 2,14% und unter rechten Regierungen bei 3,01% des BIP. Eine Varianzanalyse zeigt, dass die Unterschiede der Mittelwerte statistisch signifikant sind (10%-Niveau). Einzeltests zeigen, dass die Unterschiede zwischen den Mittelwerten von linken und rechten Regierungen ebenfalls statistisch signifikant sind (10%-Niveau). Die Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) lag bei -1,56% unter linken Regierungen, -1,16% unter Großen Koalitionen, und -2,30% unter rechten Regierungen. Die Unterschiede erweisen sich nicht als statistisch signifikant.

Der Index von Bjørnskov (2008a) bezieht sich auf die Datenbasis von Henisz (2000) über politische Wirkungen seit dem 19. Jahrhundert und der allgemeine Ansatz, um die politische Ideologie zu messen, folgt dem Ansatz von Bjørnskov (2005; 2008b). Dennoch – verglichen mit dem Index, der in Bjørnskov (2005; 2008b) verwendet wird – sieht der Bjørnskov-Index (2008a) »die sozialdemokratische Partei in einem bestimmten Land als international vergleichbare Schlüsselposition, um welche herum die übrigen Parteien auf einer Fünf-Punkte-Skala (-1; -0,5; 0; 0,5; 1) von links nach rechts angeordnet werden« (Bjørnskov 2008a, S. 5; *Übersetzung der Autoren*). Der Ideologiewert jeder einzelnen Partei wird mit ihrem relativen Anteil an allen Regierungssitzen im Parlament gewichtet, um die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten auf die Regie-

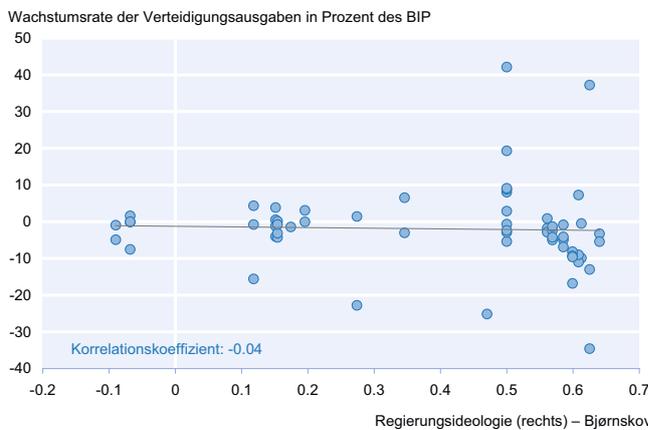
**Tab. 1**  
**Verteidigungsausgaben und Wachstumsrate der**  
**Verteidigungsausgaben unter verschiedenen Regierungstypen**  
 (je in % des BIP)

	Mittelwerte			Varianz-analyse	Einzelne Tests		
	Links	Mitte	Rechts		F-Test	Links – Mitte	Rechts – Mitte
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Verteidigungsausgaben 1950–2011	2,21	2,14	3,01	3,11* (0,05)	<b>0,08</b> <b>(0,99)</b>	<b>-0,87</b> <b>(0,27)</b>	<b>-0,80*</b> <b>(0,09)</b>
Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben 1951–2011	-1,56	-1,16	-2,30	0,04 (0,96)	<b>-0,40</b> <b>(1,00)</b>	<b>1,14</b> <b>(0,97)</b>	<b>0,74</b> <b>(0,97)</b>

\* Impliziert die Ablehnung der Nullhypothese auf dem 10%-Niveau. Spalte (4) zeigt F-Statistiken und p-Werte in Klammern. Spalten (5) bis (7) zeigen die einzelnen Unterschiede der Mittelwerte und p-Werte in Klammern. Die p-Werte in Spalten (5) bis (7) beziehen sich auf den Test von Scheffé (1953).

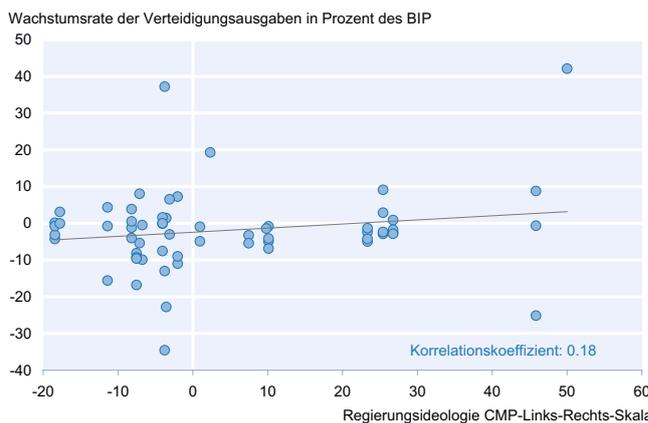
Quelle: Berechnungen der Autoren.

**Abb. 3**  
**Korrelation zwischen der Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben und Regierungsideologie nach Bjørnskov, 1951–2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt; Bjørnskov (2008a); Berechnungen der Autoren.

**Abb. 4**  
**Korrelation zwischen der Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben und Regierungsideologie nach der CMP-Links-Rechts-Skala, 1951–2011**



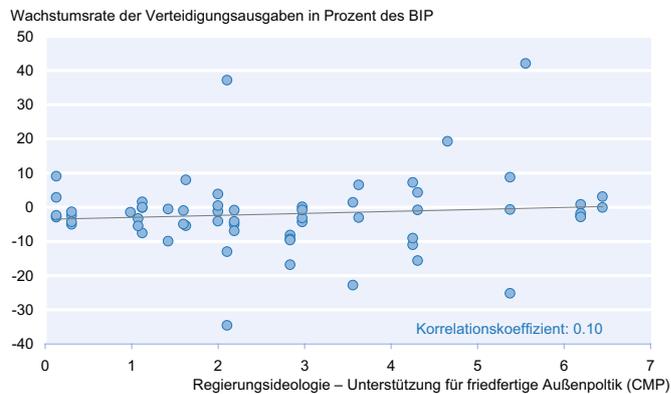
Quelle: Statistisches Bundesamt; Budge et al. (2001); Klingemann et al. (2006); Volkens et al. (2014); Berechnungen der Autoren.

rungspolitik zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen befasst sich mit der ideologischen Position der Regierung und des Parlaments. Der Bjørnskov-Index (2008a) betont die mögliche Bedeutung des inländischen politischen Umfelds, und vor allem, ob die Regierungen eine Mehrheit im Parlament hinter sich haben oder nicht. Abbildung 3 zeigt, dass der Bjørnskov-Index (2008a) kaum mit den Wachstumsraten der Verteidigungsausgaben korreliert (Korrelationskoeffizient: -0,04).

Die CMP-Daten basieren auf einer inhaltlichen Analyse der Parteiprogramme. Sie messen die ideologische Ausrichtung der Parteien im Bundestag seit 1949. Da die Werte auf Wahlprogrammen der Parteien basieren, variieren sie nach Legislaturperioden und nicht nach Jahren. Der einfache CMP-Wert misst die Parteiposition auf einer Links-Rechts-Skala und nimmt in Deutschland in den Jahren 1949–2011 Werte zwischen -31 (sehr links) und 50 (sehr rechts) an. Um die Regierungsideologie basierend auf CMP-Daten zu ermitteln, verwenden wir die Links-Rechts-Bewertung der einzelnen Parteien in der Regierung (gewichtet mit dem jeweiligen Anteil der Regierungssitze im Parlament). Die gewichtete Messung der Regierungsideologie basierend auf der Links-Rechts-Dimension erreicht in unserer Stichprobe Werte zwischen -18,44 (sehr links) und 50 (sehr rechts). Abbildung 4 zeigt, dass die gewichtete Messung der Regierungsideologie basierend auf der Links-Rechts-Dimension leicht positiv korreliert ist mit der Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben und zeigt, dass der Anstieg der Verteidigungsausgaben unter rechten Regierungen etwas höher ist (Korrelationskoeffizient 0,18).

Whitten und Williams (2011, S. 118) führen an, dass der Effekt von Regierungsideologie auf Verteidigungsausgaben nicht anhand einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala bestimmt werden kann. Vielmehr sollte unterschieden werden, wie stark interventionistisch eine Regierung in der Außenpolitik geprägt ist und welches Verständnis von Sozialpolitik sie hat. Die Autoren schlagen vor, die Links-Rechts-Variable durch ein zweidimensionales Konzept der Regierungsideologie zu ersetzen, welches die ge-

**Abb. 5**  
**Korrelation zwischen der Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben und Regierungsideologie nach Unterstützung für friedfertige Außenpolitik (CMP), 1951–2011**

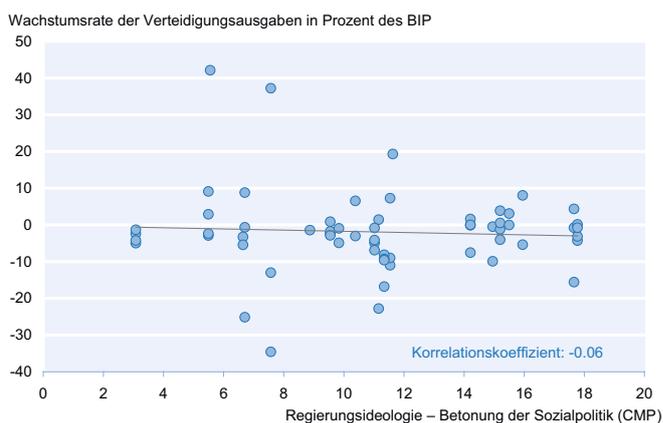


Quelle: Statistisches Bundesamt; Budge et al. (2001); Klingemann et al. (2006); Volkens et al. (2014); Berechnungen der Autoren.

samte Bandbreite der Kombinationen der Regierungsideologie hinsichtlich Außen- und Sozialpolitik ermöglicht. Whitten und Williams (2011) folgend, haben wir die zwei CMP-Subindizes für die Parteiposition verwendet: Unterstützung einer friedfertigen Außenpolitik und Betonung der Sozialpolitik (jeweils gewichtet mit dem relativen Anteil an den Regierungssitzen im Bundestag). Abbildungen 5 und 6 zeigen, dass die Regierungsideologie gemessen durch die Unterstützung einer friedfertigen Außenpolitik und die Betonung der Sozialpolitik kaum mit dem Wachstum der Verteidigungsausgaben korreliert (Korrelationskoeffizienten 0,10 bzw.  $-0,06$ ).

Die zugrunde gelegte Ideologievariable Links ist stark mit der Ideologievariable von Bjørnskov (2008a) korreliert ( $r = -0,93$ ), korreliert ebenso mit der CMP-Links-Rechts-Skala und der CMP-Sozialpolitik-Variablen ( $r = -0,49$  und  $0,58$ ), jedoch kaum mit dem CMP-Indikator für friedfertige Außenpolitik ( $r = -0,10$ ).

**Abb. 6**  
**Korrelation zwischen der Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben und Regierungsideologie nach Betonung der Sozialpolitik (CMP), 1951–2011**



Quelle: Statistisches Bundesamt; Budge et al. (2001); Klingemann et al. (2006); Volkens et al. (2014); Berechnungen der Autoren.

### Vorgehen und Regressionsergebnisse

Wir erklären das Wachstum der Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) mit Hilfe verschiedener Ideologieindizes und kontrollieren dabei für die Bevölkerungswachstumsrate, die Wachstumsrate des Pro-Kopf-BIP, die Wachstumsrate der Staatsausgaben (in Prozent des BIP) sowie für die Wiedervereinigung. Dabei verwenden wir Kleinste-Quadrate-Schätzer mit heteroskedastizitätsrobusten Standardfehlern. Wir berücksichtigen keine weiteren in der Literatur vorgeschlagenen Variablen, wie bspw. die Verteidigungsausgaben von militärischen Rivalen, politische Institutionen oder die Wahrscheinlichkeit, in einen militärischen Konflikt zu geraten, da Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

keine militärischen Rivalen hatte und sich die politischen Institutionen nicht geändert haben. Aufgrund der Schuld am Zweiten Weltkrieg war es auch nicht wahrscheinlich, dass Deutschland in einen militärischen Konflikt eintreten oder gar Truppen entsenden würde (obschon Deutschland 1955 der NATO beitrug).

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Regressionen. Die Variable *Links* und die Dummy-Variablen für den jeweiligen Koalitionstyp erweisen sich nicht als statistisch signifikant (Spalten 1 und 2). Die Wachstumsrate der Staatsausgaben (in Prozent des BIP) ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau. Die numerische Bedeutung des Effekts ist, dass bei einem Anstieg der Staatsausgaben (in Prozent des BIP) um 1% die Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) um ca. 1,2% ansteigen. Die Elastizität ist vermutlich deshalb größer als 1, weil unsere Messung der Staatsausgaben die Sozialausgaben nicht beinhaltet. Die Koeffizienten der Wachstumsraten der Bevölkerung und des BIP pro Kopf sowie die Dummy-Variable für die Wiedervereinigung erweisen sich nicht als statistisch signifikant. Vorangehende Studien über Deutschland haben gezeigt, dass die Regierungsideologie die Wirtschaftspolitik in den 1970er und 1980er Jahren beeinflusst hat: Die Staatsausgaben unter linken Regierungen waren höher als unter rechten Regierungen. Nach dem Rückgang der Parteibindungen nach Ende des Kalten Krieges ist es auch vorstellbar, dass sich die Politik nach 1990 verändert hat. Deshalb haben wir Dummy-Variablen für die Zeiträume 1970–1990 und 1991–2011 hinzugefügt und die jeweiligen Variablen mit der Variable *Links* interagiert. Die Ergebnisse (nicht in der Tabelle dargestellt) zeigen jedoch, dass die Regierungsideologie in den Zeiträumen 1970–

1990 und 1991–2011 hinzugefügt und die jeweiligen Variablen mit der Variable *Links* interagiert. Die Ergebnisse (nicht in der Tabelle dargestellt) zeigen jedoch, dass die Regierungsideologie in den Zeiträumen 1970–

**Tab. 2**  
**Regressionsergebnisse, Kleinste-Quadrate-Schätzungen mit**  
**heteroskedastizitätsrobusten Standardfehlern.**

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Links	-0,627 (0,36)				
CDU/CSU/FDP		-0,234 (0,07)			
SPD/FDP		-2,944 (0,82)			
SPD/Grüne		2,705 (0,93)			
Ideologie – Bjørnskov (rechts)			-1,276 (0,36)		
Ideologie – CMP (rechts)				0,138*** (3,65)	
Ideologie – CMP Frieden					0,337 (0,76)
Ideologie – CMP Sozialpolitik					-0,411* (1,75)
Δln Bevölkerung	-2,064 (1,13)	-2,509 (1,27)	-1,757 (0,98)	-2,367 (1,26)	-2,296 (1,22)
Δln BIP pro Kopf	0,390 (0,87)	0,574 (1,09)	0,391 (0,86)	0,501 (1,13)	0,471 (0,97)
Δln Staatsausgaben (% des BIP)	1,196*** (7,30)	1,231*** (7,47)	1,196*** (7,25)	1,216*** (8,49)	1,210*** (8,13)
Wiedervereinigungs- Dummy	42,01 (0,85)	55,33 (1,02)	34,68 (0,71)	52,85 (1,04)	49,12 (0,97)
Konstante	-2,848 (1,26)	-3,611 (1,24)	-2,717 (1,05)	-4,323* (1,90)	0,111 (0,05)
Beobachtungen	61	61	61	61	61
Bestimmtheitsmaß (R <sup>2</sup> )	0,531	0,546	0,531	0,575	0,552

Abhängige Variable: Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben (in Prozent des BIP) in der Periode 1951–2011. – t-Statistiken in Klammern; \*\*\* p < 0,01, \* p < 0,1.

Quelle: Berechnungen der Autoren.

1990 und 1991–2011 keinen statistisch signifikanten Effekt aufweist.

Regierungsideologie gemessen mit dem Index von Bjørnskov (2008a) erweist sich ebenfalls nicht als statistisch signifikant (Spalte 3). Frühere Studien kamen bereits zu dem Ergebnis, dass die Verwendung der Ideologievariable von Bjørnskov (2008a) – und die Verwendung jener von Potrafke (2009b), die der Kodierung der Variablen *Links* ähnelt – die Rückschlüsse auf die Politik in OECD-Ländern nicht verändert (z.B. Potrafke 2010). Pickering und Rockey (2011) haben festgestellt, dass alternative Messkonzepte für die Regierungsideologie die Rückschlüsse auf die Ausgabenpolitik in OECD-Ländern nicht verändern, auch wenn die Messung der Regierungsideologie auf Manifesto-Daten basiert.

Spalte (4) zeigt die Ergebnisse, wenn Regierungsideologie mit der CMP-Links-Rechts-Skala gemessen wird. Die Regierungsideologie ist statistisch signifikant auf dem 1%-Niveau und deutet an, dass rechte Regierungen ein höheres Wachstum der Verteidigungsausgaben aufwiesen. Der An-

stieg der Verteidigungsausgaben lag um ca. 2,4 Prozentpunkte höher, wenn die Ideologievariable (rechte Regierung) um eine Standardabweichung stieg. Dieses Ergebnis steht im Kontrast zu den Ergebnissen in Spalten (1) bis (3). Der Effekt in Spalte (4) ist jedoch getrieben durch die Beobachtungen bis in die frühen 1960er Jahre. Die auf der CMP-Links-Rechts-Skala beruhende Variable der Regierungsideologie erreicht im Zeitraum 1951–2011 Werte zwischen -18 (sehr links) und 50 (sehr rechts). In den Zeiträumen 1951–1957 und 1963–1969 erreicht diese Variable negative Werte, die darauf hindeuten, dass diese konservativen Regierungen tatsächlich ziemlich links waren. Im Gegensatz dazu erreicht die auf der CMP-Links-Rechts-Skala basierende Variable der Regierungsideologie im Zeitraum 1958–1961 Werte zwischen 46 und 50. Diese Veränderung der Ideologievariable in den späten 1950er Jahren offenbart die Defizite der CMP-Daten wenn die Qualität der Parteiprogramme gering ist (vgl. auch Gemenis 2013).<sup>2</sup> Das Parteiprogramm, das zur Kodierung der Ideologie der CDU verwendet wurde und im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen von 1957 entstanden ist, hatte einen wesentlich geringeren Umfang als die übrigen CDU-Parteiprogramme: Es bestand aus nur 18 Sätzen (verglichen mit durchschnittlich 393 Sätzen im Zeitraum unserer Stichprobe). Der Effekt in Spalte (4) kann daher nicht verallgemeinert werden.

Spalte (5) zeigt die Ergebnisse, wenn die Regierungsideologie durch die Unterstützung einer friedfertigen Außenpolitik und die Betonung der Sozialpolitik (CMP-Daten) gemessen wird. Wir folgen dem Vorgehen von Whitten und Williams (2011) und beziehen beide Ideologievariablen in eine Schätzung mit ein. Die Ergebnisse zeigen nicht, dass die Regierungsideologie einen signifikanten Effekt aufweist (trotz des auf dem 10%-Niveau signifikanten Koeffizienten der Sozialpolitikvariablen). Im Gegensatz dazu ist der Interaktionsterm zwischen der Friedensvariable und der Dummy-Variable für den Zeitraum 1991–2011 statistisch signifikant auf einem Niveau von 1% (nicht in der Tabelle dargestellt). Dieser Effekt zeigt an, dass der Anstieg der Verteidigungsausgaben unter Regierungen, die eine friedfertige Außenpolitik betonen, im Zeitraum 1991–2011 geringer war.

<sup>2</sup> Die Kritik am CMP bezieht sich auch auf Wahlmotive: Parteien gestalten ihre Programme möglicherweise um (wieder-)gewählt zu werden. Daher bilden Wahlprogramme die ideologische Ausrichtung einer Partei nur bedingt ab.

Aufgrund des Zweiten Weltkriegs war ideologische Politik in den 1950er und frühen 1960er Jahren – ein Zeitraum, in dem rechte Regierungen an der Macht waren – weniger stark ausgeprägt. Die Bürger waren mehr mit dem Wiederaufbau des Landes beschäftigt als mit Ideologien. Deshalb haben wir die Modelle ebenfalls für den Zeitraum 1966–2011 geschätzt. Die Rückschlüsse ändern sich unter Verwendung der Variablen *Links*, der Variablen für die einzelnen Koalitionstypen und des Index von Bjørnskov (2008a) nicht. Unter Verwendung der Variablen der CMP-Links-Rechts-Skala zeigen die Ergebnisse, dass linke Regierungen im Zeitraum 1991–2011 einen geringeren Anstieg der Verteidigungsausgaben aufwiesen. Die Verwendung der Variablen für friedfertige Außenpolitik und die Betonung der Sozialpolitik bestätigen die Ergebnisse aus Tabelle 2.

## Schlussfolgerungen

Warum korrelieren Regierungsideologie und Verteidigungsausgaben in Deutschland (1951–2011) nicht? Drei Erklärungen liegen auf der Hand:

Erstens stimmten die großen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP in der Beurteilung der internationalen Risiken und Bedrohungen überein. Diese Parteien haben durch die Anknüpfung Deutschlands an die NATO und die EU die gleiche außenpolitische Strategie verfolgt. Zwar hat Deutschland die von der NATO geforderten Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des BIP über Jahrzehnte nicht erreicht. Dennoch ist keine Partei für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben eingetreten.

Zweitens waren Politiker ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit davon überzeugt, dass mit Verteidigungsausgaben keine Wahl zu gewinnen ist. Im Gegensatz dazu haben Regierungen jedweder Couleur den Sozialstaat ausgebaut und dieses Vorgehen für erforderlich gehalten, um (wieder-)gewählt zu werden (z.B. Potrafke 2012; Kauder, Larin und Potrafke 2014). Die Regierungsideologie ist auf Bundesebene in den Hintergrund getreten.

Drittens ist ein ausschlaggebender Grund dafür, warum die SPD-geführten Regierungen in den 1970er Jahren hohe Verteidigungsausgaben befürwortet haben (vgl. auch Eichenberg und Stoll 2003), dass der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Verteidigungsminister Georg Leber beide im Zweiten Weltkrieg als Soldaten gekämpft haben.

Eine bedeutende Frage ist, ob die Regierungsideologie in der nahen Zukunft die Verteidigungsausgaben in Deutschland beeinflussen wird. Wegen neuer internationaler Gefahren und Bedrohungen – beispielsweise der islamistische Terror und die Konflikte in der Ostukraine – könnten die

Verteidigungsausgaben zukünftig steigen. Schwächen und Ausrüstungsmängel bei der Bundeswehr, die im Herbst 2014 durch die Medien gingen, und die Absicht der Bundesregierung, die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen, dürften ebenfalls zu einem Anstieg der Verteidigungsausgaben beitragen. In der Tat besteht die Regierung, die diese Maßnahmen möglicherweise umsetzen wird, aus CDU/CSU und SPD. Die Übereinstimmung zwischen diesen Parteien sowohl in militärischen Angelegenheiten als auch im Ausweiten der Staatstätigkeit dürfte auch in Zukunft bestehen bleiben.

## Literatur

Alesina, A. (1987), »Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game«, *Quarterly Journal of Economics* 102, 651–678.

Auerswald, D.P. und S.M. Saideman (2014), *NATO in Afghanistan – Fighting Together, Fighting Alone*, Princeton University Press, Princeton, NJ.

Bayer, S. und L. Naunheim (2014), »Verteidigungshaushalt und Neuausrichtung der Bundeswehr – Anpassungsperspektiven und ungelöste Herausforderungen«, in: E.-M. Kern und G. Richter (Hrsg.), *Streitkräftenmanagement*, Springer, Wiesbaden, 191–209.

Bjørnskov, C. (2005), »Does Political Ideology Affect Economic Growth?«, *Public Choice* 123, 133–146.

Bjørnskov, C. (2008a), »Political Ideology and the Structure of National Accounts in the Nordic Countries, 1950–2004«, Studie präsentiert auf der Jahrestagung der European Public Choice Society, Jena, 27.–30. März.

Bjørnskov, C. (2008b), »The Growth-Inequality Association: Government Ideology Matters«, *Journal of Development Economics* 87, 300–308.

Bove, V., G. Efthyvoulou und A. Navas (2014), »Political Cycles in Public Expenditure: Butter vs Guns«, *Sheffield Economic Research Paper* 2013016.

Budge, I., H. Keman und J. Woldendorp (1993), »Political Data 1945–1990. Party Government in 20 Democracies«, *European Journal of Political Research* 24, 1–119.

Budge, I., H.-D. Klingemann, A. Volkens, J. Bara, E. Tanenbaum, R.C. Fording, D.J. Hearl, H.M. Kim, M. McDonald und S. Mendez (2001), *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*, Oxford University Press, Oxford.

Correa H. und J.-W. Kim (1992), »A Causal Analysis of Defence Expenditures of the USA and the USSR«, *Journal of Peace Research* 29, 161–174.

Dalen, H.P. und O.H. Swank (1996), »Government Spending Cycles: Ideological or Opportunistic?«, *Public Choice* 89, 183–200.

Eichenberg, R.C. und R. Stoll (2003), »Representing Defense: Democratic Control of the Defense Budget in the United States and Western Europe«, *Journal of Conflict Resolution* 47, 399–422.

Gemenis, K. (2013), »What to Do (and not to Do) with the Comparative Manifestos Project Data«, *Political Studies* 61, 3–23.

Giegerich, B. (2003), »Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines«, *DIAS-Kommentare* 10, Düsseldorf.

Henisz, W. (2000), »The Institutional Environment for Growth«, *Economics and Politics* 12, 1–31.

Hibbs, D.A. Jr. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review* 71, 1467–1487.

Karagol, E.T. und A. Turhan (2008), »External Debt, Defence Expenditure and Political Business Cycles in Turkey«, *Defence and Peace Economics* 19, 217–224.

Kauder, B., B. Larin und N. Potrafke (2014), »Was bringt uns die große Koalition? Perspektiven der Wirtschaftspolitik«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15, 88–101.

Kauder, B. und N. Potrafke (2015), »The Growth in Military Expenditure in Germany 1951–2011: Did Parties Matter?«, *Defence and Peace Economics*, im Erscheinen.

Klingemann, H.-D., A. Volkens, J. Bara, I. Budge und M. McDonald (2006), *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, the European Union and OECD 1990–2003*, Oxford University Press, Oxford.

Kollias, C. und S.M. Paleologou (2003), »Domestic Political and External Security Determinants of the Demand for Greek Military Expenditure«, *Defence and Peace Economics* 14, 437–445.

Maneval, H. (1994), »Defence Spending in West Germany«, *Defence and Peace Economics* 5, 221–246.

Nikolaïdou, E. (2008), »The Demand for Military Expenditure: Evidence from the EU15 (1961–2005)«, *Defence and Peace Economics* 19, 273–292.

Nincic, M. und T.R. Cusack (1979), »The Political Economy of US Military Spending«, *Journal of Peace Research* 16, 101–115.

Pickering, A.C. und J. Rockey (2011), »Ideology and the Growth of Government«, *Review of Economics and Statistics* 93, 907–919.

Potrafke, N. (2009a), *Konvergenz in der deutschen Finanz- und Sozialpolitik?* LIT, Hamburg, Münster.

Potrafke, N. (2009b), »Did Globalization Restrict Partisan Politics? An Empirical Evaluation of Social Expenditures in a Panel of OECD Countries«, *Public Choice* 140, 105–124.

Potrafke, N. (2010), »Does Government Ideology Influence Deregulation of Product Markets? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Public Choice* 143, 135–155.

Potrafke, N. (2011), »Does Government Ideology Influence Budget Composition? Empirical Evidence from OECD Countries«, *Economics of Governance* 12, 101–134.

Potrafke, N. (2012), »Is German Domestic Social Policy Politically Controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.

Scheffé, H. (1953), »A Method for Judging all Contrasts in the Analysis of Variance«, *Biometrika* 40, 87–110.

Volkens, A., P. Lehmann, N. Merz, S. Regel, A. Werner und H. Schultze (2014), *The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2014b*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.

Whitten, G.D. und L.K. Williams (2011), »Buttery Guns and Welfare Hawks: The Politics of Defense Spending in Advanced Industrial Democracies«, *American Journal of Political Science* 55, 117–134.

Wlezien, C. (1996), »Dynamics of Representation: The Case of US Spending on Defense«, *British Journal of Political Science* 26, 81–103.

Woldendorp, J., H. Keman und I. Budge (1998), »Party Government in 20 Democracies: An Update 1990–1995«, *European Journal of Political Research* 33, 125–164.

Woldendorp, J., H. Keman und I. Budge (2000), *Party Government in 48 Democracies 1945–1998: Composition, Duration, Personnel*, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht.